Aktivismus mit digitalen Medien

Macht und Gefahren bei Sri Lankas *Aragalaya*

Anuruddha Bandara

Sri Lankas Protestbewegung *Aragalaya* ist nicht nur eine Erfolgsgeschichte des sogenannten Hashtag-Aktivismus. Der Autor erklärt ebenso, wie Social Media den bürgerlichen Widerstand demokratisiert haben, die Regierung allerdings die gleiche Technologie zur Überwachung und Unterdrückung ihrer Bevölkerung einsetzt. Der Schutz digitaler Rechte stehe somit an vorderster Front der Verteidigung der Demokratie.

Anfang 2022 erlebte Sri Lanka einen beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Nach jahrzehntelanger systemischer Korruption, Defiziten in der staatlichen Rechenschaftspflicht und den Folgen der Anschläge am Ostersonntag 2019 kochte die Frustration der Bevölkerung über die ungelösten strukturellen Probleme hoch. Nachdem Güter der Grundversorgung knapp wurden, sich lange Schlangen an den Tankstellen bildeten, Stromausfälle zur täglichen Routine wurden und die Inflation die Kaufkraft zunichtemachte, verließen junge Menschen und qualifizierte Fachkräfte in Scharen die Insel. Das tägliche Leben kam praktisch zum Erliegen.

Gleichzeitig geschah online etwas bemerkenswertes: Angeheizt von der Wut über die Situation entwickelten sich die vereinzelten Social-Media-Beiträge schnell zu einer nationalen Bewegung: *Aragalaya* (Kampf). Die *Aragalaya*-Bewegung erzwang den Rücktritt von Präsident Gotabaya Rajapaksa und beendete die fest verwurzelte Dynastiepolitik in Sri Lanka. Während der physische Mittelpunkt die Zeltstadt *GotaGoGama* war – ein Protestort vor dem Präsidialsekretariat in Colombo – war der Motor der Bewegung zweifellos die digitale Welt.

Handybildschirme und dezentraler Widerstand

Bereits vor der *Aragalaya*-Bewegung gab es eine robuste Zivilgesellschaft und Protestkultur in Sri Lanka: Landwirte und Landwirtinnen, die gegen plötzliche agrarpolitische Kurswechsel kämpften, Oppositionsparteien aus dem Norden und Osten, die sich gegen die zentralisierte Politik aus Colombo wehrten, Gewerkschaften, die faire Löhne im Textil- und Teesektor forderten und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für eine tatsächliche Rechenschaftspflicht einsetzten. Während diese Gruppen die wesentliche Grundlage schufen, hatte die *Aragalaya*-Bewegung einen einzigartigen Charakter. Im Gegensatz zu traditionellen Bewegungen in Südasien, die auf politische Parteien oder etablierte Führungskader angewiesen sind, war diese Massenbewegung organisch, partizipativ und dezentralisiert.

Die Social-Media-Plattformen Facebook, X (ehemals Twitter), WhatsApp und TikTok wurden zu öffentlichen Plätzen. Mit Live-Streams berichteten Bürger/-innen in Echtzeit über Warteschlangen an Tankstellen und Stromausfälle. Sie verwandelten private Notlagen in kollektives Bewusstsein. Infografiken, die die Misswirtschaft detailliert darstellten, Videoclips von lokalen Protesten und virale Memes machten komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge für die Bürger/-innen verständlich. Dieser digitale Raum brachte zudem einen lebendigen künstlerischen Widerstand hervor, in dessen Rahmen politische Kritik zu kraftvoller digitaler Kunst wurde. Satirische Illustrationen, Protestsongs und kreative Videos florierten online in dieser Zeit.

Die digitale Vernetzung ermöglichte eine schnelle Mobilisierung ohne zentrale Steuerung. Ein einziger viraler Tweet oder ein Facebook-Event konnte innerhalb weniger Stunden Hunderte an einer Kreuzung versammeln. Das Internet ermöglichte es jungen Menschen – einer Generation, die oft als politisch desinteressiert abgetan wurde –, den politischen Diskurs des Landes mitzugestalten.

Es war diese dezentrale Dynamik, die den Boden für den 3. April 2022 bereitete, als die Bürger/-innen sich über eine landesweite Ausgangssperre und ein Social-Media-Verbot hinwegsetzten und in einem Massenprotest auf die Straßen strömten. Der digitale Raum hatte die Barriere zur Offline-Welt erfolgreich durchbrochen. Genau diese digitalen Strategien wurden kontinuierlich für die Interessenvertretung, die Organisation von Protesten und entschei-

dende Mobilisierungen genutzt, insbesondere bei der *Country to Colombo*-Kampagne am 9. Juli 2022. Angetrieben von viralen Online-Aufrufen, Echtzeit-Koordination und *Peer-to-Peer*-Transport-Updates versammelte die Kampagne Millionen Menschen in der Hauptstadt und gipfelte im Rücktritt des Präsidenten.[1]

Ein persönlicher Wendepunkt

Mein Widerstand als studentischer Aktivist begann zunächst mit lokalen Aktionen. Ich war Teil der Studierendenschaft, die gegen den Universitätskanzler protestierten, der aufgrund politischer Verbindungen in sein Präsidialamt berufen wurde. Wir nutzten soziale Medien als Multiplikator, um die Öffentlichkeit über unsere Aktionen in Colombo und Kandy zu informieren, Online-Diskussionen anzuregen und Unterstützung zu mobilisieren. Der staatliche Geheimdienst überwachte diese Aktivitäten.

Als unsere Arbeit an Fahrt gewann, wurde die Reaktion des Staates zunehmend feindselig. Mein Online-Aktivismus machte mich schnell zur Zielscheibe staatlicher Überwachung und Einschüchterung. Obwohl ich bereits 2020 in den Mainstream-Medien ins Visier genommen wurde, begann meine direkte Auseinandersetzung mit den Strafverfolgungsbehörden Ende 2021, als ich erstmals wegen meiner Arbeit zur Kriminalpolizei (CID) vorgeladen wurde.

Als die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zunahm, erregte eine Facebook-Gruppe, die ich gemeinsam mit anderen Aktivist(inn)en zur Vernetzung regionaler Protestinitiativen gegründet hatte, massive öffentliche Aufmerksamkeit und entwickelte sich zu einer zentralen Plattform für die Online-Mobilisierung. Als Mitbegründer wurde ich Opfer von staatlicher Repression und wurde festgenommen.

Nach den Zusammenstößen vom 31. März in Mirihana vor der privaten Residenz des Präsidenten verschärfte sich das staatliche Vorgehen. In der Nacht zum 1. April 2022 wurde ich mitten in der Nacht – ohne Haftbefehl – von Polizeibeamten aus meiner Wohnung entführt.

Aragalaya–Protest in Colombo.

Bild © Thilina Kaluthotage

Am folgenden Morgen weigerte sich die Polizei, meiner Familie oder meinem Anwalt meinen Aufenthaltsort mitzuteilen. Anschließend wurde ich nach § 120 des Strafgesetzbuchs (*Penal Code*) angeklagt. Es handelt sich um eine veraltete rechtliche Bestimmung, die eine Unterwanderung des demokratischen Rechtstaats verhindern soll. In diesem Fall fälschlicherweise eingesetzt, um Online-Aktivismus als Staatsgefährdung darzustellen.

Im Juni 2022 wurde das Verfahren aufgrund mangelnder strafrechtlicher Beweise gegen mich eingestellt. Anschließend reichte ich beim Obersten Gerichtshof von Sri Lanka eine Grundrechtsbeschwerde ein (SC/FR/151/2022). Der Oberste Gerichtshof fällte ein wegweisendes Urteil zu meinen Gunsten und stellte fest, dass meine Grundrechte gemäß Artikel 12.1 (Recht auf Gleichheit) und Artikel 13.1 (Freiheit von willkürlicher Festnahme) verletzt worden waren. Das Urteil schuf einen Präzedenzfall:

- Schutz politischer Meinungsäußerung: Das Urteil bekräftigte, dass Bürger/-innen ein absolutes Recht auf friedlichen Protest und politische Meinungsäußerung besitzen, einschließlich der Forderung nach Rücktritt des Präsidenten oder der Regierung.

- Verbot willkürlicher Staatsgewalt: Das Gericht entschied, dass Bürger/-innen nicht allein aufgrund der Äußerung politischer Opposition nach § 120 des Strafgesetzbuchs strafverfolgt werden dürfen.

Das Urteil war ein großer Sieg und bekräftigte, dass die Kritik an staatlichen Behörden – ob online oder offline – eine legitime Ausübung demokratischer Bürger/-innenrechte darstellt und kein Verbrechen gegen den Staat.

Überwachung und Desinformation

Digitale Plattformen stärken zwar einerseits die Zusammenarbeit der Dissident(inn)en, dienen aber gleichermaßen als Instrumente staatlicher Überwachung – eine gravierende Schwachstelle der digitalen Protestumgebung.

Während der aktiven Phase der *Aragalaya*-Proteste überwachten staatliche Geheimdienste engmaschig die Social-Media-Konten, Live-Streams und Messenger-Gruppen von Aktivist(inn)en. Der Staat setzte digitale Forensik nicht nur zur Verbrechensbekämpfung ein, sondern auch, um Demonstrant(inn)en zu identifizieren und gezielt ins Visier zu nehmen. Aufgrund ihrer Online-Aktivitäten waren viele Engagierte

regelmäßig digitaler Belästigung, einschüchternden Hausbesuchen, Verhören und Festnahmen ausgesetzt. Während der gesamten *Aragalaya*-Bewegung wurden über 3800 Festnahmen verzeichnet, von denen ein Großteil politisch motiviert war.

Mit der größer werdenden Bewegung nahmen auch koordinierte Gegendarstellungen zu. Bot-Netzwerke, bezahlte Online-Kommentare und staatsnahe Medien starteten gezielte Desinformationskampagnen. Aktivist(inn)en wurden als auslandsfinanzierte Agent(inn)en, Extremist(inn)en oder Unruhestifter/-innen bezeichnet. Aktivistinnen waren in besonderer Weise von der Online-Gewalt staatsnaher Medien betroffen und Opfer von Rufmordkampagnen, die speziell darauf abzielten, Aktivistinnen aus der vordersten Front zu delegitimieren. Die algorithmisch getriebene Polarisierung drohte, die öffentliche Unterstützung entlang der seit jeher bestehenden, ethnischen und religiösen Grenzen zu spalten und die Botschaft von Einheit zu untergraben.

Grundrechte im digitalen Zeitalter

Das physische Camp in Colombo am Galle Face, ein etwa 500 Meter langer Grünstreifen an der Strandpromenade des Indischen Ozean, wurde Ende Juli 2022 gewaltsam aufgelöst. Doch der Kampf verebbte nicht, sondern verlagerte sich zurück in den digitalen und politischen Raum. Die *Aragalaya*-Bewegung hatte eine kritische Lücke in der zivilgesellschaftlichen Landschaft Sri Lankas deutlich gemacht: den dringenden Bedarf an fundierter Aufklärung über digitale Rechte, digitaler Sicherheitskompetenz und politischer Interessenvertretung. Die Regierung konzentrierte ihre Energie nach *Aragalaya* darauf, den zivilgesellschaftlichen Raum zu beschneiden – vor allem durch umstrittene Gesetze wie das Online-Sicherheitsgesetz (*Online Safety Act*), das staatlich ernannten Stellen weitreichende Befugnisse einräumt, die Meinungsäußerung im Internet einzuschränken.

Die Organisation SPHERE engagiert sich für den Schutz der Zivilgesellschaft im digitalem Raum gegenüber staatlichen Eingriffen. Die Kampagne *Rights in the Digital Age* soll Bürger/-innen befähigen, digitale Werkzeuge verantwortungsbewusst zu nutzen und Aktivist(inn)en, Journalist(inn)en und die Zivilgesellschaft mit Strategien zur digitalen Sicherheit auszustatten, um staatlich geförderter Desinformation und gezielter Belästigung entgegenzuwirken. SPHERE betreibt auch Forschung und politische Lobbyarbeit, um drakonische Gesetze im digitalen Bereich anzufechten und sicherzustellen, dass Meinungsfreiheit und Privatsphäre vor gesetzgeberischen Übergriffen geschützt bleiben. Die Demokratie des 21. Jahrhunderts kann ohne einen freien, sicheren und zugänglichen digitalen Raum nicht überleben. Der Schutz der Rechte der Bürger/-innen im Internet ist unmittelbar mit ihrer Fähigkeit verbunden, auch offline Rechenschaft einzufordern.

Lehren für demokratisches Handeln im digitalen Zeitalter

Die *Aragalaya*-Bewegung liefert wichtige Erkenntnisse für Protestbewegungen weltweit, die sich im digitalen Zeitalter zurechtfinden müssen:

- Digitale Plattformen sind Katalysatoren, keine Lösungen. Soziale Medien können organisieren, informieren und die Reichweite vergrößern, doch nachhaltiger politischer Wandel erfordert Solidarität an der Basis und eine strategische Vision.

- Der digitale Raum ist ein umkämpftes Schlachtfeld. Staatliche Akteure passen sich schnell an technologische Veränderungen an. Aktivist(inn)en müssen Überwachung, Zensur und digitale Repression als Reaktionen des Staates einkalkulieren.

- Digitale Rechte sind Menschenrechte: Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und der Schutz vor willkürlichen Verhaftungen beschränken sich nicht mehr nur auf Straßen. Sie gelten auch für Server.

Die Demokratie in Sri Lanka zu fördern, erfordert, dass die bisherige traditionelle Bewertungsgrundlage um moderne Perspektiven erweitert wird. Es gilt, die Infrastruktur für digitale Rechte auszubauen, die Zivilgesellschaft gegen repressive digitale Gesetzgebung zu verteidigen und multinationale Technologieunternehmen für den Schutz der Menschenrechte in Entwicklungsländern zur Rechenschaft zu ziehen.

Die *Aragalaya*-Bewegung hat bewiesen: Wenn Bürger/-innen ihre Stimmen online vereinen und offline gemeinsam handeln, können selbst die mächtigsten Regime ins Wanken geraten. Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass die digitalen Werkzeuge, die den Menschen eine Stimme gegeben haben, auch für künftige Generationen frei, sicher und offen bleiben.

Aus dem Englischen von Franziska Koch (Sri Lanka Advocacy Netzwerk).

Zum Autor

Anuruddha Bandara ist Gründer der *Society for Progress, Human Rights, Empowerment & Equity* (SPHERE).

Endnote

[1] Am 20. Juli wurde Ranil Wickremesinghe vom Parlament zum Übergangspräsidenten gewählt – Anm. d. Red..